

# **PROTESTKUNDGEBUNG am 15. Mai 2004 in Berlin**

**Adolf Bauer  
Präsident des Sozialverbandes Deutschland (SoVD)**

S p e r r f r i s t: 15. Mai 2004, 12.00 Uhr

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrte Damen und Herren,  
verehrte Gäste,  
liebe Freunde im Sozialverband Deutschland,

als Präsident des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) darf auch ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer heutigen Großkundgebung in der Hauptstadt Berlin herzlich willkommen heißen.

Aus allen Teilen der Bundesrepublik sind Sie heute zu uns gekommen. Gemeinsam wollen wir mit aller Entschlossenheit gegen eine Politik der Bundesregierung protestieren, die die „kleinen Leute“ immer stärker belastet und die Reichen schont.

Hier und heute wehren wir uns gegen den schärfsten Sozialabbau, den die Bundesrepublik Deutschland je erlebt hat und den diese Bundesregierung entgegen ihren Versprechungen eingeleitet hat. Wir wehren uns gegen eine immer stärkere Belastung von Arbeitnehmern und Rentnern, von Arbeitslosen, kranken, behinderten und pflegebedürftigen Menschen. Wir wehren uns gegen eine immer stärkere einseitige Verteilung von Reichtum und gegen die Spaltung der Gesellschaft durch Massenarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung.

Wir im SoVD haben mit unserem jahrzehntelangen Einsatz diesen Sozialstaat Deutschland mit aufgebaut und wir werden mit allen demokratischen Mitteln für seinen Erhalt kämpfen.

Wir dürfen und wir werden es niemals zulassen, dass bewährte Arbeitnehmerrechte und die solidarischen und sozialen Sicherungssysteme als Stützpfeiler unserer sozialstaatlichen Ordnung auf dem Altar einer neoliberalen Wirtschaftspolitik geopfert werden.

Natürlich wissen wir, dass die Globalisierung der Märkte und die schwierige Arbeitsmarktsituation Veränderungen notwendig machen.

Der SoVD war und ist stets zu fortschrittlichen Sozialreformen bereit. Aber, sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schröder, wir sehen keine Reformen. Was wir sehen ist

eine gewaltige Demontage von Sozialleistungen in nie da gewesenem Umfang, den wir nur noch als sozialen Raubbau bezeichnen können.

Unsere Gesellschaft darf nicht saniert werden auf dem Rücken der Schwächsten und damit derjenigen, die sich am wenigsten wehren können und unseres Schutzes bedürfen (nämlich Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger, kranke, behinderte und pflegebedürftige Menschen).

Wir fragen Bundeskanzler Schröder: Welche sozialstaatlichen Grundsätze gelten eigentlich noch in einer sozialdemokratischen Partei, wenn unter Reformen nur noch Sozialabbau zu Lasten der kleinen Leute verstanden wird?

Aber wir fragen auch die CDU: Welche sozialstaatlichen Grundsätze gelten noch in einer christlich-demokratischen Partei, die diesen Sozialabbau mit trägt und vielleicht noch verschärfen will?

Sehen Sie nicht, Herr Bundeskanzler, dass dieser Sozialabbau einhergeht mit wachsender Massenarbeitslosigkeit? Sehen Sie nicht, Herr Bundeskanzler, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird?

Wir wollen in der Bundesrepublik Deutschland nicht zurück zu einer Klassengesellschaft und wir müssen die Probleme des 21. Jahrhunderts meistern, indem wir Reformen einleiten, die auf der Grundlage von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit von der großen Mehrheit der Bevölkerung auch mit getragen werden.

Arbeitnehmer und Rentner haben erhebliche Vorleistungen zur Haushaltskonsolidierung erbracht. Aber es ist ein himmelschreiendes Unrecht, wenn sie sich auf Dauer mit real sinkenden Einkünften abfinden sollen, während die Einkommen der Manager und Unternehmensvorstände ins Unermessliche steigen.

Wir werden mit den Gewerkschaften eine Arbeitsmarktpolitik bekämpfen, die immer stärker einseitig die Unternehmen und hohen Einkommen entlastet und der Arbeitnehmerschaft zumutet, sich mit mehreren Minijobs am Existenzminimum zu halten.

Wir plädieren für menschenwürdige Arbeit und eine nachhaltige Stärkung der Kaufkraft.

Wir fordern eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte statt deren Abbau. Mit dem Abbau von Kündigungsschutzbestimmungen wird nicht ein Arbeitsplatz geschaffen, wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat.

Für uns ist ganz klar: Wir wollen keinen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, keinen Wettbewerb um die geringsten Arbeitnehmerrechte, keinen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern für hohe Einkommen.

Die Menschen in Deutschland spüren sehr genau, dass etwas faul in unserem Staate ist, wenn einerseits das Niveau der Einkommen und Renten immer dramatischer abfällt und andererseits die Monatsgehälter von Unternehmensvorständen sechsstelligen Eurosummen erreichen.

Es ist etwas faul in unserem Land, wenn Betriebe Insolvenz anmelden müssen und die Großbanken sich schadlos halten – während mittelständische Betriebe, Arbeitnehmer und Kleinaktionäre um ihre Existenz, um ihren Lohn, um ihre Ersparnisse und Altersrücklagen bangen müssen – wie z.B. hier in und um Berlin bei der Insolvenz des Konsum über 150.000 Menschen den Verlust ihrer Einlagen und damit ihrer Ersparnisse und Altersrücklagen befürchten !

Die Menschen in Deutschland haben genug davon, dass Politiker und Superreiche unserer Bevölkerung, in der Armut wächst, Wasser predigen und selbst süßesten Wein trinken.

Wir haben auch kein Verständnis dafür, wenn Politiker jeden Tag neue Hiobsbotschaften und Einschnitte bei den sozialen Leistungen verkünden und dann auch noch der Bevölkerung vorwerfen, es würde zuviel gespart.

Wir sagen diesen Damen und Herren: die Arbeitnehmer und Rentner handeln verantwortungsbewusster als ihr, wenn sie ihr Geld zusammenhalten, um morgen noch über die Runden zu kommen.

So genannte Reformen, die Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner bestrafen, sind weder mutig noch geeignet, die strukturellen Probleme in Deutschland zu lösen. Wir brauchen und wir fordern Reformen, die die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen und die vor allem die Kaufkraft und die Binnennachfrage stärken.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die auch im europäischen Vergleich hohe Massenarbeitslosigkeit endlich massiv zu bekämpfen. Sie ist die Hauptursache unserer wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Ohne den Abbau der Arbeitslosigkeit wird es in Deutschland nicht vorangehen. Sie gefährdet die großen Sozialversicherungssysteme und spaltet die Gesellschaft.

Wir warnen zugleich vor einer Schönfärberei bei der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetzgebung. Mit dieser Gesetzgebung hat sich die Bundesregierung nunmehr endgültig auf die Seite der Unternehmen gestellt und lässt die Arbeitnehmer im Regen stehen.

Die Hartz-Gesetze werden keine wirtschaftspolitischen Impulse setzen, aber sie schränken in gewaltigem Umfang Arbeitnehmerschutzrechte ein und verschlechtern die Leistungen im Falle der Arbeitslosigkeit für viele Menschen dramatisch.

Liebe Freunde im SoVD und befreundete Organisationen,

wir wollen keinen Arbeitsmarkt, in dem allein Mini-Jobs und Niedriglöhne auf dem Vormarsch sind. Wir plädieren für menschenwürdige Arbeit und den Erhalt und den Ausbau normalversicherungspflichtiger Beschäftigungen.

Wir wollen kein Arbeitslosengeld II und kein Modell Hartz IV, das unverschuldet arbeitslose Menschen nach einem Jahr bestraft und in große wirtschaftliche Schwierigkeiten bringt und das Hunderttausende ganz vom Leistungsbezug ausgrenzt !

Wir rufen den Politikern, den Unternehmern und ihren Managern zu: Predigt nicht der Bevölkerung einen immer stärkeren Verzicht und scheffelt euch selbst die Taschen voll. Verzicht muss immer zuerst bei denen beginnen, die ihn sich tausendfach leisten können.

Wir halten es für einen Skandal, dass 40 % aller Unternehmen in Deutschland keinen Arbeitnehmer über 50 Jahre beschäftigen. Und wir halten es erst Recht für einen Skandal, dass über 75 % der Unternehmen in Deutschland ihrer Ausbildungsverpflichtung gegenüber jungen Menschen nicht nachkommen. Wir unterstützen mit Nachdruck eine Ausbildungsplatzabgabe, denn: Wer nicht ausbilden will, muss zahlen!

Hier und heute erinnern wir die Arbeitgeber an den Verfassungsgrundsatz, dass Eigentum verpflichtet. Wir appellieren an sie: Schließt mit den Arbeitnehmern einen Beschäftigungspakt, statt mit Abwanderungserklärungen nach Osteuropa das Prinzip Hoffnungslosigkeit zu vermitteln. Die Menschen in Deutschland sind zu großen Anstrengungen bereit, aber wir lassen uns nicht verschaukeln!

Von der Bundesregierung erwarten wir eine aktive Beschäftigungspolitik und umfassende Maßnahmen zum Abbau von Schwarzarbeit und Überstunden. Wir sprechen uns aus für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine scharfe Bekämpfung der Wirtschafts- und Steuerkriminalität.

14 Tage nach der Osterweiterung der Europäischen Union haben die Menschen in Deutschland zu Recht Angst vor Lohn- und Sozialdumping. Das nochmals gewachsene Europa darf kein Europa der Armutslöhne und des Ellenbogenkapitalismus werden.

Wir wollen kein Europa der Konzerne, sondern das gemeinsame Europa muss allen Menschen dienen.

Herr Bundeskanzler, zur Osterweiterung der Europäischen Union haben sie einmal formuliert: Arbeit zu Schleuderpreisen nutzt nur den Ausbeutern! Sie haben Recht, Herr Bundeskanzler, aber handeln sie auch danach!

Der Sozialstaat Deutschland muss erhalten und fortentwickelt werden. Wir wollen keinen Staat, in dem die Bosse von Großkonzernen die Richtlinien der Politik bestimmen und immer mehr Menschen mit Billiglöhnen und drastisch gekürzten Renten ihr Dasein am Existenzminimum fristen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Mitglieder im SoVD und befreundeter Organisationen,

für viele Menschen in Deutschland werden jetzt die durchgreifenden Leistungseinschnitte in der Krankenversicherung deutlich, die mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz am 1.1.2004 in Kraft getreten sind.

Entgegen den ersten Versprechungen von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt wird mit dieser so genannten Gesundheitsreform eine Politik fortgesetzt, die

in unsolidarischer Weise einseitig die Patienten und Versicherten belastet. Wir haben uns gegen das In-Kraft-Treten dieses Gesetzes vehement zur Wehr gesetzt und wir werden dies auch weiter tun.

Dieses Gesundheits-Modernisierungsgesetz ist nichts anderes als eine Streichorgie zu Lasten kranker, chronisch kranker, pflegebedürftiger und älterer Menschen und trägt erheblich zur Entsolidarisierung der sozialen Krankenversicherung bei.

Die Patienten und Versicherten müssen stark erhöhte Zuzahlungen für Arzneimittel und Arztbesuche hinnehmen und künftig Leistungen wie Sehhilfen und notwendige Fahrtkosten selbst bezahlen.

Ab 2005 wird ihnen der Zahnersatz und ab 2006 auch das Krankengeld allein aufgebürdet.

Gewinner dieser so genannten Reform sind in erster Linie die Unternehmen. Gewinner sind aber auch die Pharmaindustrie, die Ärzte und die Krankenkassen.

Wir stellen fest: Mit diesem Gesundheits-Modernisierungsgesetz wurde die gesetzliche Krankenversicherung keineswegs modernisiert, sondern in ihren Kernleistungsbereichen dramatisch zusammengestrichen!

Wir werden die Folgen dieser verfehlten Gesundheitspolitik deutlich aufzeigen. Wir werden es niemals hinnehmen, dass pflegebedürftige Heimbewohner, chronisch kranke und schwerstbehinderte Menschen von diesen Belastungen existenziell getroffen werden.

Und wir können kein Verständnis dafür haben, dass die notwendigen strukturellen Maßnahmen – wenn überhaupt – nur äußerst zögerlich eingeleitet werden.

Wir wehren uns gegen eine Zwei- oder Dreiklassenmedizin. Wir wehren uns gegen eine schlechtere Behandlung von Kassenpatienten, obwohl diese ganz überwiegend die Leistungen mit ihren Beiträgen finanzieren. Und wir wehren uns – meine Damen und Herren – mit unserer ganzen Kraft gegen eine unerträgliche öffentliche Diskussion, die älteren Menschen eine umfassende medizinische Versorgung versagen will.

Wir fordern eine Trendwende in der Gesundheitspolitik. Wir wollen eine wirkliche Gesundheitsreform, die Leistungsdefizite beseitigt und strukturelle Fehlentwicklungen korrigiert.

Nach unserer Auffassung muss die Solidargemeinschaft der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung gestärkt und nicht immer wieder geschwächt werden. Deswegen setzt sich der SoVD ein für die Fortentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen.

Statt Reformen auf dem Rücken der Kranken und der Beschäftigten brauchen wir mehr Solidarität, Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen. Hierfür werden wir nicht aufhören zu kämpfen.

Meine Damen und Herren,  
liebe Freunde,

die soziale Demontage der Bundesregierung erreicht mit den Rentenkürzungsgesetzen einen weiteren traurigen Höhepunkt. Sie bedeuten eine bisher beispiellose Abstrafung der Rentnerinnen und Rentner, die diesen Staat nach dem 2. Weltkrieg mit aufgebaut haben und die sich ihre Rente schwer verdient haben.

Mit der von der Bundesregierung beabsichtigten dramatischen Absenkung des Rentenniveaus und der Aufgabe jeglichen Sicherungsziels in der Rentenversicherung wird aber auch für die jüngeren Versicherten das Prinzip Hoffnungslosigkeit verkündet.

Viele jüngere Versicherte werden aufgrund Arbeitslosigkeit oder auch geringen Einkommens überhaupt keine Chance haben, diese Leistungskürzungen durch eigene private Vorsorge auszugleichen.

Wir wehren uns gegen

- die Verdoppelung der Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten,
- die Verdoppelung des Pflegeversicherungsbeitrags der Rentner,
- die Nullrunde in diesem Jahr und in den Folgejahren,
- die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors,
- die Vollbesteuerung der Renten,
- die Streichung der Berücksichtigung von Ausbildungszeiten.

Diese und viele weitere belastenden Maßnahmen leiten den Ausverkauf der gesetzlichen Rentenversicherung ein und werden mit Sicherheit zu einer neuen Altersarmut führen.

Herr Bundeskanzler Schröder und Frau Bundessozialministerin Schmidt, werte Damen und Herren Abgeordnete des deutschen Bundestages: So kann man mit den Menschen in Deutschland nicht umgehen. Das haben die Arbeitnehmer und Rentner nicht verdient. Diese Rentenpolitik nimmt den Menschen in unserem Lande den letzten Rest an Zuversicht.

Wir haben genug davon, dass Politiker ein Rentenversicherungssystem zusammenstreichen, auf das sie selbst nie angewiesen sind.

Wir lehnen es ab, wenn ein Durchschnittsverdiener zukünftig nur noch eine Rente auf Sozialhilfeniveau erhalten soll.

Wir wehren uns dagegen, dass Nullrunden und Minusrunden für die Rentnerinnen und Rentner zur Regel werden sollen.

Unsere Renten sind kein Almosen, sondern Lohn für Lebensleistung. Unsere Renten sind eigentumsgeschützt und wir werden sie mit aller unserer Kraft verteidigen.

Der Sozialverband Deutschland hat ein verfassungsrechtliches Gutachten in Auftrag gegeben und wird gegen die geplanten Rentenkürzungen bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

Unsere ersten Klagen vor den Sozialgerichten laufen bereits. Wir werden es nicht hinnehmen, dass Rentnerinnen und Rentner für eine Renten- und Haushaltspolitik bluten müssen, die sie nicht zu verantworten haben.

Der vorprogrammierte dramatische Verfall des Rentenniveaus nutzt weder jüngeren noch älteren Versicherten. Wir wollen keine permanente Schwächung, sondern eine Stärkung unseres wichtigsten Alterssicherungssystems, auf das die Bevölkerung nach wie vor ganz überwiegend angewiesen ist.

Wir fordern eine ehrliche Rentenpolitik. Wir halten es für unredlich und verlogen, wenn der Bevölkerung die tiefen Renteneinschnitte immer nur mit der demographischen Entwicklung erklärt werden.

Wir alle wissen: Ursache der Finanzprobleme in der Rentenversicherung ist und bleibt in erster Linie die hohe Arbeitslosigkeit.

Wir fordern ein Ende dieser Rentenpolitik. Wir verlangen von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis zum System der Rentenversicherung. Wir wollen in der Rentenversicherung Strukturreformen statt Rentenabbau. Unsere Forderungen an die Politiker lauten:

1. Bekämpft die Arbeitslosigkeit! Dann werden auch die Finanzen der Rentenversicherung stimmen!
2. Keine weitere Sanierung des Bundeshaushalts auf Kosten der Rentenversicherung! Haltet eure Hände aus den Rentenkassen! Sorgt für einen verlässlichen und ausreichenden Bundeszuschuss in Höhe von dauerhaft 25 Prozent der Rentenausgaben!
3. Die Bundesregierung muss die betriebliche Altersversorgung als 2. Säule stärken und nicht kürzen. Wir wollen eine verpflichtende betriebliche Altersversorgung, von Arbeitnehmern **und** Arbeitgebern paritätisch finanziert!
4. Die gesetzliche Rentenversicherung braucht eine starke Solidargemeinschaft. Deshalb fordern wir ihre Fortentwicklung zu einer Erwerbstätigenversicherung mit der Einbeziehung aller Berufstätigen.

Darüber hinaus ist es fast 15 Jahre nach Vollendung der deutschen Einheit nunmehr dringend erforderlich, die Versprechungen zur vollständigen Angleichung der Renten in Ostdeutschland endlich einzulösen.

Herr Bundeskanzler, wir rufen Ihnen zu: Die Rentnerinnen und Rentner sind nicht die Melkkühe der Nation! Die Rentnerinnen und Rentner sind vielleicht alt, aber sie vergessen nicht! Und die Rentnerinnen und Rentner haben eine starke Lobby, wie wir am heutigen Tag feststellen können!

Sehr geehrte Damen und Herren,

von dieser heutigen weiteren Protestveranstaltung des SoVD geht unser eindringlicher Appell an die Bundesregierung, die Politik der sozialen Demontage zu beenden. Wir fordern Reformen, die ermutigen und nicht entmutigen.

Den Politikern rufen wir zu: Greift nicht die Sozialverbände und ihre Mitstreiter an! Kümmert euch lieber um die, die sich in diesem Land zu Unrecht bereichern und egoistisch allein ihre Interessen verfolgen.

Viele hundert Milliarden Euro könnten für fortschrittliche Sozialreformen zur Verfügung stehen, wenn Steuerflucht, Steuerhinterziehung, Schattenwirtschaft und öffentliche Verschwendung gestoppt würden.

Wir brauchen eine neue Moral der Unternehmer und nochmals verstärkte Anstrengungen, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Nicht der kurzsichtige Gewinn für einige Aktionäre, sondern eine verlässliche und nachhaltige Beschäftigungspolitik entscheidet über den Erfolg eines Unternehmens.

Die Bundesregierung propagiert die Agenda 2010 unter dem Motto: Deutschland bewegt sich. Aber Herr Bundeskanzler Schröder, wir sagen Ihnen hier und heute: Deutschland muss sich auch in die richtige Richtung bewegen!

Deutschland und Europa müssen allen Menschen dienen. Mit sozial gerechten Reformen müssen wir vor allem den „kleinen Leuten“ eine Zukunft bauen und nicht die Superreichen noch reicher machen.

Wir lassen uns den Klassenkampf von oben nicht gefallen. Wir wollen, dass unser Land nicht ständig von denen schlecht geredet wird, die am wenigsten zum Sozialstaat beitragen, aber am meisten davon profitieren.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf: Unterstützt unseren Kampf für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Kämpfen wir gemeinsam für den Erhalt und die fortschrittliche Weiterentwicklung unseres Sozialstaats und damit für den Erhalt des sozialen Friedens in Deutschland.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.